

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Erhalten-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblattausgabe“ Nr. 950-55.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: Vom Verlag bezogen: M. 9.80, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 10.30, durch die Träger ins Haus gebracht M. 12.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erstliche Anzeigen M. 2.—, Zweit- und Drittstufen-Anzeigen M. 1.—, auswärtsige Anzeigen M. 3.—, fortgesetzte Anzeigen M. 1.—, für die einseitige Kolonien- oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entsprechender Nachsch. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Bohlstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Freitag, 6. Januar 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 9. + 70. Jahrgang.

Am Vorabend von Cannes.

Mit mehr Recht denn je darf gesagt werden, daß wir heute, am Vorabend von Cannes, am Vorabend großer Ereignisse stehen, die vielleicht über das künftige Schicksal Deutschlands auf Jahre hinaus entscheidend sein werden. Die ersten außerordentlich wichtigen Vorbesprechungen zwischen Lloyd George und Briand, die möglicherweise ihrerseits schon entscheidend sein werden für die Konferenz von Cannes selbst, die am 6. Januar ihren Anfang nehmen wird, haben bereits stattgefunden. Es ist nicht müßig, sich bei diesem Datum der geistigen Umstellung zu erinnern, die das abgelaufene Jahr gegenüber Deutschland gebracht hat. Am 28. Januar jährt sich das erste Pariser Ultimatum der Reparationsverpflichtungen. Anfang März 1921 ging Reichsminister Simons zur Konferenz nach London. Am 5./6. März wurden die Rheinstädte besetzt, und fast bis Mitte Mai 1921 hing das Damoklesschwert der Besetzung des ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiets über Deutschlands Sein. Und wieder am 6. Januar tritt nun in Cannes der Oberste Rat zusammen, um seine früheren Beschlüsse zu revidieren. Von einer Besetzung des Ruhrreviers ist keine Rede mehr; dagegen wird behauptet, daß Lloyd George in Cannes fest für die Aufhebung der Sanktionen und für die Unterdrückung aller Zwangsmittel gegen Deutschland eintreten werde, weil solche Maßnahmen nur dazu führen würden, Deutschland noch mehr zu desorganisieren. So wenig Anlaß für uns vorliegt, dieser Tagung von Cannes mit zukunftsreicher Hoffnungsfreudigkeit und geschwellten Illusionssegeln entgegenzusehen; so sehr wir uns sogar im Gegenteil davor hüten müssen, auf den gegenwärtigen Disharmonien zwischen Frankreich und England irgendwelche Hoffnungen aufzubauen, so wenig wollen wir doch die Augen davor verschließen, daß die Erfüllungspolitik doch Früchte getragen hat, und daß der Kampf um die Revision des Versailler Friedensvertrages bisher nicht ganz vergeblich gewesen ist.

Wenn so das neue Jahr mit günstigeren Auspizien für uns beginnt, so muß die Tagung in der schönen Stadt an der Riviera, wo über die Geschichte Europas entschieden werden soll, doch in erster Linie unter dem Gesichtspunkte des englisch-französischen Gegensatzes betrachtet werden, der sich nachgerade auch zu einem amerikanisch-französischen Gegensatz auszuwachsen scheint. Frankreich hat durch seine auf der Washingtoner Konferenz erhobenen U-Bootsforderungen nicht nur in England die Befürchtung erweckt, daß Frankreich vielleicht einmal der Gegner der Zukunft sein könnte, sondern, wie der im amerikanischen Repräsentantenhaus eingebrachte Antrag, daß Frankreich nunmehr strikte zum Bezahlen seiner Kriegsschulden an Amerika aufgefordert werden solle, zeigt, sich auch gründlich die amerikanischen Sympathien verschert. Wenn schon Amerika die Zumatung von sich weist, die europäische Schuld zu fundieren und im besonderen durch Erlass der englischen Schulden den Erlass der französischen Schulden an England zu ermöglichen, wenn Frankreich für sein Geld keine andere und bessere Verwendung weiß, als die Vermehrung seiner U-Bootsflotte, so wird man angesichts dieses Umstandes erst recht die englische Verbitterung gegen Frankreich verstehen. Im Gedanken daran, daß England geneigt ist, zunächst einmal auf seine Baransprüche an Deutschland zugunsten Frankreichs zu verzichten. Diese kurze Gegenüberstellung der Tatsachen zeigt hinlänglich, daß eine Überbrückung des englisch-französischen Gegensatzes geradezu eine Voraussetzung für das Gelingen der Konferenz von Cannes ist. Dazu treten noch das russische und das Orientproblem, von denen besonders das letztere auch nicht ohne Gefahr für das gegenseitige Verhältnis der beiden Mächte ist. Kommt diese Verständigung nicht zustande, so ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Konferenz von Cannes für Deutschland in das Gegenteil des von ihr Erwarteten umschlagen und Deutschland einer härteren Politik aussetzen kann, als es bisher zu erdulden hatte. Das sind wohl auch die Gründe, weshalb man in Frankreich dieser Tagung mit reichlichem Unbehagen entgegensteht.

Über den Verlauf dieser Konferenz läßt sich, wenn man nicht Cannes-gleichen will, unter diesen Umständen um so weniger voraussagen, als bisher von allen Seiten, auch von Dr. Rathenau, die Vertraulichkeit der Verhandlungen auf äußerste gewahrt worden ist. Fest steht aber immerhin, daß die völlige Unmöglichkeit der Deutschland auferlegten Zahlungen nunmehr von allen Seiten, auch von Frankreich, eingesehen und daß der Revisionsgedanke der deutschen Reparation nicht mehr von der Tagesordnung zu entfernen ist. Daß diese Erkenntnis nicht eine Anerkennung unseres guten Willens, sondern eine Auswir-

kung der weltwirtschaftlichen Verflochtenheit und also letzten Endes des Egoismus, der wirtschaftlichen Selbsthaltung der Ententestaaten ist, braucht uns dabei wenig zu kümmern. Uns kann es genügen, daß diese Erkenntnis in erster Linie in England zu einer ziemlich weitgehenden Bereitwilligkeit des Entgegenkommens gegenüber Deutschland geführt hat. Frankreich zwar sperrt sich auch heute noch. Briand hat sich der nationalistischen Kammer gegenüber verpflichtet, keine Zugeständnisse in der Reparationsfrage auf Kosten Frankreichs zu machen. Dieses Versprechen wird er infolge der englischen Bereitwilligkeit, auf die Rechte des Finanzabkommens vom 13. August vorigen Jahres und auf einen großen Teil der diesjährigen deutschen Zahlungen zu verzichten, halten können — falls er in der U-Bootsfrage nachgibt. Fragt sich nur, ob ihm der bloc national nicht etwa aus dieser Nachgiebigkeit einen Streif drehen würde; wobei man immerhin hoffen darf, daß der schon erwähnte Antrag im amerikanischen Repräsentantenhaus vielleicht doch etwas mäßigend auf die französischen Chauvinisten wirken wird.

Im „Petit Parisien“ nennt Millet die Konferenz von Cannes eine Konsultation großer Ärzte, die eine klare Diagnose zu fällen hätten. Das Bild ist nicht übel. In der Tat müssen sich diese politischen Doktoren darüber klar sein, daß es in ihre Hand gegeben ist, bei dem großen Konsistorium, das sie jetzt abhalten, die Krankheit der ganzen Welt zu heilen. Sie stehen am Krankenbette Europas, von dessen Genesung das Wohl der gesamten Menschheit abhängt!

Die Vorbesprechungen.

D. Paris, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George, die gestern auf 4 Uhr angesetzt waren, dauerten bis 5 Uhr nachmittags. Es nahmen an ihnen auch Loucheur und Sir Robert Horne teil. Heute werden die Sachverständigen ihre erste Beratung abhalten. Loucheur hat ebenfalls für heute morgen eine Unterredung mit dem englischen Kriegsminister Evans verabredet, dem Präsidenten der englischen Sachverständigenkommission, die beauftragt ist, das Programm für den europäischen Wiederaufbau aufzustellen. Man ist darüber einig, daß die Besprechungen von Cannes wahrscheinlich sehr lehrreich sein werden. Als erster Programmpunkt muß jedenfalls das Reparationsprogramm betrachtet werden. Der Oberste Rat muß auf die deutsche Note vom 14. Dezember antworten, in der sich die deutsche Reichsregierung als zahlungsunfähig erklärte. Nach den Londoner Verhandlungen steht die Reparationsangelegenheit folgendermaßen: Das Abkommen vom 13. August würde, was Frankreich angeht, insofern abgeändert werden, als die Raten des Saargebietes im Verhältnis zu 1:5:21 nicht mehr Frankreich zugute geschrieben würden. Frankreich würde vielmehr für seine Belastungskosten im Rheinland 300 Millionen zu verlangen haben. Dieses bedeutet einen Umkehr des Zahlungsplanes für 1922. Was Deutschland anbetrifft, so erlaubt man, daß Frankreich seinen Widerstand nach und nach aufgibt und für ein bedingtes Moratorium zu haben wäre. Dingen werden sich zwischen Frankreich und England Schwierigkeiten ergeben hinsichtlich der Verlängerung der Befugnisse der Reparationskommission. England ist gegen jede Gewalt. Es wird in Paris die Frage aufgeworfen, ob Lloyd George schon auf der Konferenz von Cannes sein ganzes Programm vorlegen oder ob er dies für die nächste Konferenz, an der auch Rußland und Deutschland teilnehmen würden, aufsparen wird. Was die gestrigen Besprechungen anbelangt, so werden Vermutungen laut, daß es sich ausschließlich um das belgische Prioritätsrecht gehandelt hat. Die Konferenz wird wahrscheinlich bis zum 13. oder 14. Januar dauern.

Briand für ein englisch-französisches Bündnis.

W. T. B. London, 5. Jan. (Drahtbericht.) Wie aus Cannes gemeldet wird, lagte Briand in einer Unterredung, alle Schwierigkeiten zwischen England und Frankreich würden verschwinden, wenn ein Bündnis zwischen beiden Ländern zustande komme.

Gehet Rathenau nach Cannes?

D. Paris, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Das „Journal“ schreibt, daß Dr. Fischer von seiner Regierung neue Instruktionen erhalten habe, die ihm erlauben, nunmehr in Paris selber die offizielle Antwort auf die Note der Alliierten abzufassen. Das gleiche Blatt hat, das Verweilen Dr. Rathenau in Paris sei darauf zurückzuführen, daß die deutsche Reichsregierung nicht eingeladen werden sei, an der Konferenz von Cannes teilzunehmen, und daß sie befürchte, bei den Alliierten Mißstimmung herbeizuführen, wenn sie allseits darauf bestehen würde, Rathenau zur Konferenz zu entsenden. Er werde auf keine Reise an die Riviera verzichten und in Paris bleiben.

Ein amerikanischer Beobachter.

W. T. B. London, 5. Jan. (Drahtbericht.) Die „Times“ melden aus Washington: Amerika wird keinen Vertreter in Cannes haben und viel wird von der Art seiner Beobachtung abhängen. Wenn Europa sich nicht zuerst selbst hilft, so ist es nicht möglich, daß Amerika Europa helfen wird. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes muß Europa zwei Dinge ohne Zeitverlust tun: es muß den Streit über die deutschen Reparationen beenden und seine Landdrückungen auf das Friedensmaß herabsetzen.

Dr. Berlin, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „B. Z.“ mitteilt, weiß der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Dreier, zurzeit zufällig als Rekonvolescent in Cannes, so daß er gemeinschaftlich mit den Diplomaten in Fühlung kommen dürfte.

Frankreich und die Sanktionen.

D. Paris, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der von Briand vorgeschlagene Allianzplan wird zweifellos in Cannes zur Sprache kommen. „Daily Mail“ schreibt hierzu, daß dadurch alle Mißverständnisse zwischen Frankreich und England beseitigt würden. Man müsse besonders an die Frage der Besetzung der Rheinlande denken. Kein englischer Ministerpräsident könne einer Allianz zustimmen, die die französischen Ansprüche irgendwie herabsetzen würde, auch keine Allianz erstreben, die Frankreich verlassen könnte, die Rheinlande zu räumen oder neutral zu erklären. In französischen militärischen Kreisen sei man der Ansicht, daß Frankreich die Sanktionen für die Garantie der Reparationen nicht aufgeben könnte, wenn es seine Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückziehen müßte. Man erklärt, daß ein von England, Frankreich und Deutschland neutral erklärtes Rheinland nur ein Post befriedigen würde und Deutschland in Bezug auf seine Nachbarn größere Sicherheiten geben würde.

Das Programm für die Kohlen- und Kokslieferungen.

W. T. B. Paris, 5. Jan. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ sind die Mitglieder des technischen Dienstes für die Kohlenlieferungen in der Reparationskommission gestern und vorgestern zweimal zusammengetreten, um das Programm für die Kohlen- und Kokslieferungen festzumachen, die Deutschland im Februar, März und April liefern muß. Von deutscher Seite nahmen Dr. Meyer von der Kriegskostenkommission, der Direktor des Kohlenhandelsbüros und die Industriellen Wallmichrath und Valen an den Beratungen teil. Nach dem „Petit Parisien“ ist das Lieferungsprogramm in seinen Hauptteilen fertig. Seine endgültige Festlegung findet in einer Sitzung statt, die heute vormittag abgehalten wird. Die allgemeine Regelung bleibt selbstverständlich der Reparationskommission vorbehalten. Das Blatt glaubt dann noch zu wissen, daß das Defizit aus den unvollständigen deutschen Lieferungen für November und Dezember zum größten Teil während des laufenden Monats geliefert werden wird.

Ausfuhrabgabe und Ablieferung der Devisen.

W. T. B. Berlin, 5. Jan. Laut „B. Z.“ hat der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichsrats gestern die Forderung über die Ausfuhrabgabe und die Ablieferung der Devisen zugunsten der Reparationen angenommen.

Jouhaug' Bericht über die Deutschen Werke.

Dr. Berlin, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Maschinenbau-Deutsche Gewerkschaftsbund hatte eine Reihe ausführender Arbeiterdelegierter eingeladen, um sich die auf den Friedensbedarf umgestellten Fabriken für den Kriegsbetrieb anzusehen. Der „Vorwärts“ bringt den Bericht des französischen Delegierten Jouhaug, dem wir folgendes entnehmen: Die Fabriken für Kriegsbetrieb können in ihrem jetzigen Zustand ihrer früheren Produktion leicht schloß nachkommen. Andererseits müßte man, um Deutschland wirklich zu entwaffnen, eine ganze Kriegsindustrie vernichten. Wie könnte Deutschland aber dann seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen? Die militärischen Maßnahmen der internationalisierten Kontrollkommission werden, so kräftig sie auch sein mögen, nie eine wirkliche Garantie bieten. Man hat geschlagen und zertrümmert. Das Schaulied, was sich uns bot, war oft schmerzhaft. Die Welt ist nicht reich genug an Produktionsmitteln, als daß sie sich leisten darf, kunstvolle Maschinen zu zerstören. Die Arbeiter und einzelne Gewerkschaften für den Frieden ist der Wille der Arbeiter, ihn zu erhalten und eine erneute Bewaffnung Deutschlands zu verhindern.

Danziger Proteste beim Völkerbundsrat.

W. T. B. Berlin, 5. Jan. Wie die Blätter aus Danzig berichten, wird Senatspräsident Sahm heute zu den Verhandlungen des Völkerbundsrates reisen, um dort gegen die Entschiedenheiten des Oberkommissars Berufung einzulegen, die sich auf die Ausweisung polnischer Staatsangehöriger aus Danzig auf die Führung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs durch Polen und auf die gerichtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Danzig beziehen. Hinsichtlich all dieser Entschiedenheiten steht der Senat von Danzig ihm auf Grund des Friedensvertrages zulebenden Rechte nicht als genügend gewahrt an.

Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen der Polizei.

D. Amsterdam, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Als erster Ausländer seit 1914 sprach im Bund von Politik in Amsterdam der Vize-Präsident Dr. Robert Heindl aus Berlin über die Fragen der internationalen Polizeikooperation und über die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verbrechensverfolgung. Seine Ausführungen fanden allgemeine Billigung.

Ein Bündnis zwischen Ungarn und der Ukraine.

D. Konstantinopel, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Ungarn und die Ukraine haben ein Bündnis geschlossen, das sich auf Wirtschafts-, Handels- und militärische Beziehungen bezieht.

Zum Zwischenfall von Sebenico.

D. Paris, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Zum Zwischenfall von Sebenico wird gemeldet, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad vor sich gehen, die einen verhältnismäßig charakteristischen Charakter tragen.

Wilde Straßekämpfe in Belfast.

D. London, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In Belfast haben heute Nacht Straßekämpfe um den irischen Friedensvertrag stattgefunden, die als die wildsten in der Geschichte dieser unruhigen Stadt bezeichnet werden. Das Militär griff mit Wasserwagen ein und löschte mehrere Straßen mit Maschinengewehren aus.

Die Zerstörung des deutschen Kriegsgeräts.

Br. Berlin, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Zusammenstellung der Reichswehrangelegenheiten wurden bis zum 15. November 1921 auf Grund des Ultimatum und der Entwaffnungsnote vom Mai 1921 zur Zerstörung übernommen: 546 Geschütze, 546 Geschützrohre, 378 Panzer, 2465 143 Stütz Artilleriemunition und Minen, 2022 197 Stütz Mörser für Artilleriemunition, 3950 661 Kilogramm Pulver und Sprengstoffe, 1577 Minen- und Granatwerfer, darunter 334 Signalwerfer, 9902 Maschinengewehre, 415 612 Gewehre, Karabiner und Langgewehre, 27 242 Revolver und Pistolen, 246 492 blankes Waffen, 2 419 356 Gewehrwerfer und Handgranaten, 2 649 260 Mörser für Handgranaten, 839 963 Sprengladungen und Sprengpatronen, 18 283 Wagen aller Art, 13 37 Feldküchen, außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Geschütz-ersatz- und Zubehörteile, optisches Gerät, Nachrichten- und Fernsprengerät und Pontons, Geschützgerät, Werkzeuge aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Textilien, Feldküchen- und Feldküchenersatzteile, Feldküchen, ferner 120 Feldbatterien, 214 Kraftwagen, 35 Kraftwagenanhänger, 18 Motorräder, 289 Fahrräder, 12 232 Armeeläger, 2557 Radlätter, 2321 Seilen- und Seilzüge, 500 000 Blaupatrone.

Die Anpassung des Strafrechts an das Verfassungsrecht.

W. T. B. Berlin, 5. Jan. Der „Vorwärts“ schreibt zu der teilweise bereits veröffentlichten Fassung eines Gesetzesentwurfes zur Anpassung des Strafrechts an das Verfassungsrecht, daß dieser Gesetzesentwurf aus dem Reichsjustizministerium kamme und nicht, wie es vielfach in der Presse geschehe, verwechselt werden dürfe mit dem im Reichsministerium des Innern bearbeiteten Gesetzesentwurf zum Entwurf der Republik dessen Verfassung ebenfalls in einiger Zeit zu erwarten sei. Wollte man bei der in der Reichsjustiz teilweise aufgetauchten Behauptung, als ob es sich bei dem oben veröffentlichten Gesetzesentwurf des Reichsjustizministeriums um eine neue Fassung des Reichsjustizministeriums handelte, gerade die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages sei es gewesen, die darauf gedrungen habe, daß in der Republik keine Parallelen zu dem Reichsjustizministeriumsparagraphen geschaffen werde. Tatsächlich bestreite der neue Gesetzesentwurf auch nicht die Befugnisse, sondern die Aufforderung oder Anweisung zu Gewalttätigkeiten gegen ein Staatsoberhaupt oder die Mitglieder von Regierungen.

Zu der gleichen Angelegenheit bemerkt die „Zeit“: Verschiedene Blätter haben in diesen Bestimmungen den Inhalt eines geplanten republikanischen Schulgesetzes leben wollen. Das ist unzutreffend. Es handelt sich lediglich um eine neue Fassung bisher bestehender Strafrechtsvorschriften. Die Bestimmungen sind nicht mehr decken. Gegen eine solche Anpassung ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Die gegenwärtige Staatsform und ihre Träger, Organe und Stellen werden ebenso unter einen besonderen gesetzlichen Schutz gestellt wie die gleichen Einrichtungen der früheren Verfassung. Von den Wirkungen des Ausnahmestandes unterbleibt bei dieser Strafrechtsreform keine wesentliche dadurch, daß der Richter das entscheidende Wort hat.

Ein Aufruf des Reichslandbundes.

Br. Berlin, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichslandbund hat einen Aufruf erlassen, in dem er die deutsche Landwirtschaft zur äußersten Kraftanstrengung auffordert, um eine höchstmögliche Steigerung der Erzeugnisse herbeizuführen und Deutschland vom Ausland unabhängig zu machen. Die Höchstleistung müsse das Ziel der deutschen Landwirte sein. Die Länder müßten sich eilen mit einer großzügigen Kultivierung der Moore und Ödflächen beginnen, um neues Ackerland zu schaffen. Durch eine eifrige Siedlungsstätigkeit müsse den Landarbeitern der Weg zum landwirtschaftlichen Aufstieg gebahnt werden. Gefänge es, die Erzeugnisse zu vermehren, dann würde für Handel und Industrie ein aufnahmefähiger und gesicherter Inlandmarkt zur Verfügung stehen. Jeder Landwirt müsse alles daran setzen, die Ernährung des deutschen Volkes auf bester Scholle durch seine Arbeit zu bessern und sicherzustellen.

Der Deutsche Eisenbahnverband gegen die Abmachungen des Zentralkomitees.

Br. Köln, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In den nächsten Tagen wird sich eine öffentliche Versammlung des Deutschen Eisenbahnverbandes mit dem Kommerzienrat zwischen der Zentralleitung des Deutschen Eisenbahnverbandes und der Regierung abspielen. Die Funktionäre haben sich in den einzelnen Betrieben bereits gegen die Abmachungen der Zentralleitung ausgesprochen.

(L. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

In der Nacht.

Roman von E. v. Kraack.

Alle drei folgten ihr in das Schlafzimmer der verstorbenen Hausherrin hinüber, und das junge Mädchen öffnete mit Hilfe des Justizrats einen in die Wand eingelassenen, feuerfesten Schrank mittels eines Schlüssels, den sie an einer Schnur um den Hals trug. Das Schloß öffnete sich leicht und lautlos, und Inge blickte sich, um in das unterste Fach hineinzugreifen. Doch im selben Augenblick fuhr sie mit einem unartikulierten Ausruf in die Höhe, starrte mit schreckhaft erweiterten Augen um sich und blickte sich dann wieder, um mit fieberhafter Hast in allen Fächern des Stahlkorbs umherzusehen.

Es war totensil in dem Zimmer. Alle standen unter dem bleiernen Druck einer finsternen Ahnung.

Nach einer Minute richtete Inge sich langsam und schwerfällig in die Höhe, griff sich mit der Hand ans Herz, schwankte und wäre rücklings zu Boden gestürzt, wenn der neben ihr stehende Justizrat Renndorf sie nicht aufgefangen hätte.

Graf Elsborg hatte regungslos dagestanden. Jetzt sprang er aber hinzu, nahm den schlanken Mädchenkörper auf die Arme und trug ihn nach der am Fenster stehenden Chaiselongue, wo er ihn behutsam niederlegte.

Leonie Larssen eilte der Bewußtlosen ebenfalls zu Hilfe, entfernte einige Rissen, so daß der Kopf in eine niedrigere Lage gebracht wurde, und stammelte hastig: „Wasser... Wasser!“

Während Graf Elsborg heftig schellte und dann selbst hinauslief, um das gewünschte schneller herbeizuschaffen, trat Justizrat Renndorf an den offenstehenden Wandschrank heran und überflog die Borde mit prüfendem Blick.

„Rufen Sie uns zusammen nachschauen, Herr Graf“, sagte er zu Elsborg, als dieser mit einer älteren Angeler zurückkehrte, die mit einem Schredenruf auf

Wiesbadener Nachrichten.

— **Änderungen im Aus- und Einfuhrzolltarif.** Die Handelskammer Wiesbaden gibt bekannt: Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 1. Dezember 1921, betr. das Verbot der Ausfuhr von Waren des 2. bis 19. Abschnitts des Zolltarifs, ist eine große Zahl von Waren, die bisher ohne besondere Bewilligung ausgeführt werden durften, dem Ausfuhrzolltarif unterworfen worden. Während diese Bestimmungen im unbesetzten Deutschland bereits am 15. Dezember 1921 in Kraft getreten sind, tritt sie im besetzten Deutschland erst seit dem 1. Januar d. J. in Kraft. Unberührt bleiben die bisherigen Vorschriften über die Ausfuhrfreiheit von Waren anderer Abschnitte des Zolltarifs, so daß beispielsweise Wein und Schaumwein, die zum ersten Abschnitt des Zolltarifs gehören, auch weiterhin ohne Genehmigung ausgeführt werden dürfen. Mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ist auch im besetzten Deutschland die bisher nur im unbesetzten Deutschland gültige Einfuhrfreiheit des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr nach dem Stande vom 7. April 1921 mit Nachträgen (Verordnungen Nr. 1 bis 110) in Kraft getreten. Damit wird eine Reihe ausländischer Luxuswaren, die aus Grund der letzter im besetzten Deutschland bestehenden Einfuhrfreiheit ohne Genehmigung in dieses Gebiet eingeführt werden durften, der Genehmigungspflicht unterworfen. Näheres über die erwähnten Bekanntmachungen kann in der Geschäftsstelle der Handelskammer, Weidenstraße 23, erfahren werden.

— **Die Neuordnung des Verwaltungsstrafverfahrens in Steuerfragen.** Mit dem 1. Dezember 1921 trat eine neue Verordnung des Reichsfinanzministeriums in Kraft, die für die schnellere Erledigung von Steuervergehen von wesentlicher Bedeutung ist. An und für sich verläßt nach der Reichsabgabenordnung das Strafverfahren in zwei Teile; nämlich in das Verwaltungsstrafverfahren und das gerichtliche Verfahren. Grundsätzlich sind die Finanzämter zur Feststellung des Sachverhalts bei Steuerumgehungen verpflichtet. Nur ganz ausnahmeweise hat sich die Staatsanwaltschaft hiermit zu befassen. Erst dann, wenn das Finanzamt eine strafbare Handlung festgestellt und darauf hin einen Strafbefehl gegen den Betroffenen erlassen hat, kann dieser die ordentlichen Gerichte anrufen. Somit dient schon das Verwaltungsstrafverfahren nach seinem ganzen Aufbau dazu, Steuerdelikte in schneller Weise zu erledigen. Eine weitere Vereinfachung dieses Verfahrens ist dadurch gegeben, daß der Beschuldigte sogar auf den Erlass eines Strafbefehls verzichten kann, wenn er zu Protokoll vorbehaltlos seine Verletzung einräumt und sich der festzusetzenden Strafe unterwirft. Das dann einschlägige Verfahren hat jetzt seine Regelung gefunden. Darnach kann die Unterwerfung von dem Beschuldigten oder einem mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter vor jedem Beamten des Finanzamts erklärt werden, jedoch bedarf es hierzu weiter der Genehmigung des zuständigen Desertanten.

— **Keine gebührenfreie Überweisung im Postverkehr mehr.** Die Gebührenfreiheit der Überweisungen im Postverkehr hat ihr Ende erreicht. Jede Überweisung wird in Zukunft 20 Pf. kosten, so weit man nicht im Besitz von alten Vordrucken ist. Bei der Verwendung von Erlaubnisüberweisungen mit einer Sammelüberweisung wird sich jede Überweisung auf mindestens 10 Pf. stellen. Diese Gebühr hat das Reichspostministerium dadurch eingeführt, daß vom 1. Januar an jedes Überweisungsblatt mit 50 Blättern 10 Pf. kostet, das Blatt also 20 Pf. Die Blätter wurden bisher umsonst den Postkassanten zugestellt. 100 Vordrucke zu Erlaubnisüberweisungen kosten jetzt ebenfalls 10 Pf., der einzelne Vordruck also 10 Pf. Derselbe Preis wird verlangt für ein Scheinblatt mit 50 Blättern, so daß sich also ein Vordruck in Wirklichkeit noch um 20 Pf. teurer stellt. Auch 100 Vordrucke zu Zahlungsanweisungen müssen jetzt mit 10 Pf. bezahlt werden.

— **Hinterbliebenen-Versicherung.** Die Bemühungen um die Durchsetzung gesetzlicher Regelung der Hinterbliebenen-Versicherung von Beamten und Lehrern benötigen nach den letzten Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium umfassender finanzieller Grundlagen. Es wird deshalb an alle Mütter und Schwägerinnen, denen verstorbenen ledige Söhne oder Brüder einst wüßigen Unterhalt in gemeinschaftlichem Haushalt gewährten, die Bitte gerichtet, an die Geschäftsstelle der Reichsvereinigung lediger Beamten und Lehrer, Charlottenburg (Leibnizstraße 28) unter Einlenkung von Abkömmlingen über Einkünfte und behördliche Bescheide mitzuteilen, ob sie Hinterbliebenen-Unterstützung beziehen oder abschlägig bestritten worden sind. Auch sind Angaben über die Erwerbsfähigkeit und Erwerbsbemühungen dieser Hinterbliebenen, wie auch über die Höhe der gezahlten Unterstützungen erwünscht.

— **Steigendes Wasser.** Die neuesten Wasserstandsungen lassen ein weiteres erhebliches Steigen der Flüsse erkennen. Eine Hochwasserflut ist aber vollkommen aus-

geschlossen, selbst wenn es noch mehrere Tage fest regnen oder schneien sollte. Die großen, schweren und tiefliegenden Schraubenschlepper, die seit Monaten untätig in den nieder-rheinischen Häfen liegen mußten wegen des niedrigen Wassers, machen sich jetzt wieder zum Ausfahren bereit, so daß wohl in der kürzesten Zeit die mächtige Rheinflotte wieder in vollem Gange sein wird, was bei der beispiellosen Überlastung der Eisenbahnen von der allergrößten Wichtigkeit ist. In wenigen Tagen können die die gegenwärtigen Folgen des günstigen Wasserstandes überall bemerkbar machen. Die einzelnen Nebenflüsse des Rheins bringen viel Wasser, in erster Linie die Mosel, deren Fluten gelb wie sonst bei Hochwasser sind. Die Lahn ist ebenfalls hochgehend; ihr schmutzig-gelbes Wasser hebt sich deutlich von dem Rheinwasser ab.

— **Handwerklicher Fortbildungskursus.** An der Danzwerker- und Kunstgewerbeschule beginnt in den nächsten Tagen ein neuer Unterrichtskursus zur Vorbereitung auf die theoretische Meisterprüfung, in welchem Gewerbetreibende, Gesellen, Lehrlinge, Steuer- und Fortbildungsgesellschaft und Buchführung gelehrt werden. Zu dem Unterricht werden noch einige Teilnehmer zugelassen.

— **Öffentliche Beamtenversammlung.** Die Deutsche demokratische Partei veranstaltet am kommenden Dienstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, im Saal 1 am Schloßplatz eine öffentliche Beamtenversammlung, zu welcher nicht nur die Beamten aller Grade und Richtungen — ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit — sondern darüber hinaus alle politisch Interessierten eingeladen sind. Es spricht der bekannte Beamtenführer, der 1. Vorsitzende der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, Reichstagsabgeordneter Otto Schuldt (Berlin) über: „Lebensfragen des deutschen Beamtentums“. Abg. Schuldt wird im Rahmen seines Vortrags auf Grund seines fachlichen Wissens auf die Frage der Entlastung der Eisenbahn wie der übrigen Reichsbetriebe eingehen. Da die Frage der Entlastung der Eisenbahn heute im Mittelpunkt des gesamten öffentlichen Interesses steht, ist zu erwarten, daß auch über die Beamtenkreise hinaus mit einem zahlreichen Besuch gerechnet werden kann. Anschließend an den Vortrag freie Aussprache.

— **Die neuen deutschen Vorkonsulatsstellen.** Aus Darmstadt wird berichtet: Zu früh hat der 26. Jahre alte Student M. Krüger aus Düsseldorf am Neujahrstag in einer Darmstädter Zeitung im Namen seiner trauernden Eltern seine eigene Todesanzeige erlassen. Nachdem er die Anzeige aufgegeben hatte, hob er sich eine Kugel in den Mund. Er wurde in das städtische Krankenhaus aufgenommen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er gerettet wird.

— **Wo sind die Eigentümer?** Die Polizei hat folgende gestohlene Sachen in Gewahrsam: Ein Kaffeefervice, bestehend aus Kaffee-, Milch- und Zuckerkanne, sowie einer Platte aus Alpacas, ferner ein Alpacaservice, bestehend aus einer Platte und 8 Trinkgefäßen; ein Alpacaservice mit vier Gläsern, bestehend aus zwei Dukend-Pöfeln und ein Dukend-Gabeln, sowie ein weißer Schal. Mitteilungen sind an die Kriminalpolizei (Zimmer 18) erbeten.

— **Ein Handtaschenräuber.** Am Neujahrstag, abends gegen 10 Uhr, wurde eine Dame an der Edt Wörth- und Weidenstraße von einem unbekannten jungen Burken die braune Handtasche mit zwei Schlüsseln, einem grauen Lederportemonnaie und 17 M. entziffen. Der Täter ist ungefähr 20 Jahre alt und mittelgroß. Er war mit feinem Oberkleid und flachem, rundem Hut bekleidet. Mitteilungen über ihn sind auf Zimmer 20 der Kriminalpolizei erwünscht.

— **Religiöser Vortrag.** Am kommenden Sonntag, den 8. d. M., vormittags 11¼ Uhr, wird Herr Prof. Dr. Th. Schneller über das in der letzten Diskussion angesprochene Thema sprechen: „Was ist ein Christ?“ In den Vortrag soll sich wieder eine freie Aussprache anschließen.

Wiesbadener Vergnügungsbühnen und Lichtspiele.

• **Waldhalla-Lichtspiele.** Heute beginnen die Aufführungen des zweiten Teils des Großfilms „Das indische Grabmal“. Der Inhalt des ersten Teils wird kurz wiederholt, so daß auch diejenigen, welche den ersten Teil zu sehen keine Gelegenheit hatten, den Inhalt des zweiten Teils voll und ganz verstehen. Es wird noch besonders darauf aufmerksam ge-

„Und dadurch ist ein schweres Unrecht an Ihnen begangen worden“, versetzte der Graf mit großer Entschiedenheit. „Geben Sie ihn her und überlassen Sie alles weitere uns, ohne sich irgendwelche Gedanken oder gar Vorwürfe deswegen zu machen.“

„Ja, aber... die Polizei...“ flüsterte Inge mit verlagender Stimme.

Graf Elsborg lachte laut auf.

„Aber, mein gnädiges Fräulein, die wollen wir uns schon vom Leibe halten“, rief er aus. „Außerdem haben Sie mit der ganzen Sache doch nicht das geringste zu tun, — selbst dann nicht, wenn wir uns entscheiden sollten, die Polizei hinzuzuziehen, was ich stark bezweifle.“

„Sie wollen die Sache nicht?“ Inges grünlich-braune, noch fast kindlich blickende Augen öffneten sich weit.

„Ich glaube es kaum“, lautete die gefasste Antwort. „Einstweilen bleibt die Sache jedenfalls unter uns.“

Jetzt hielt der Justizrat es für geraten, sich einzumischen.

„Die Entscheidung darüber steht natürlich bei Ihnen, Herr Graf“, sagte er in seiner gemessenen Art. „Ich möchte aber doch im Interesse aller Beteiligten —“

„Was verstehen Sie unter Beteiligten, Herr Justizrat?“ fiel Elsborg ihm ins Wort. „Verzeihen Sie, wenn ich Sie verbeirere! Es gibt nur einen einzigen Beteiligten, und der bin ich.“

Leonie Larssen öffnete den Mund, als ob sie etwas sagen wollte, tat es dann aber doch nicht, sondern schlug die dunklen Augen nieder und blieb stumm.

„Ich begreife Ihren Gesichtspunkt, Herr Graf“, entgegnete Renndorf mit unerschütterlicher Ruhe und Höflichkeit. „Dennoch bleibe ich dabei, daß es sich empfehlen würde, zu erfahren, wann und von wem die Diamantenammlung zuletzt gesehen worden ist. Meiner festen Überzeugung nach sind wir geradezu verpflichtet, wenigstens zu versuchen, Licht in diese rätselhafte Angelegenheit zu bringen.“

Wien 12

1 Sobernheim (Name)

